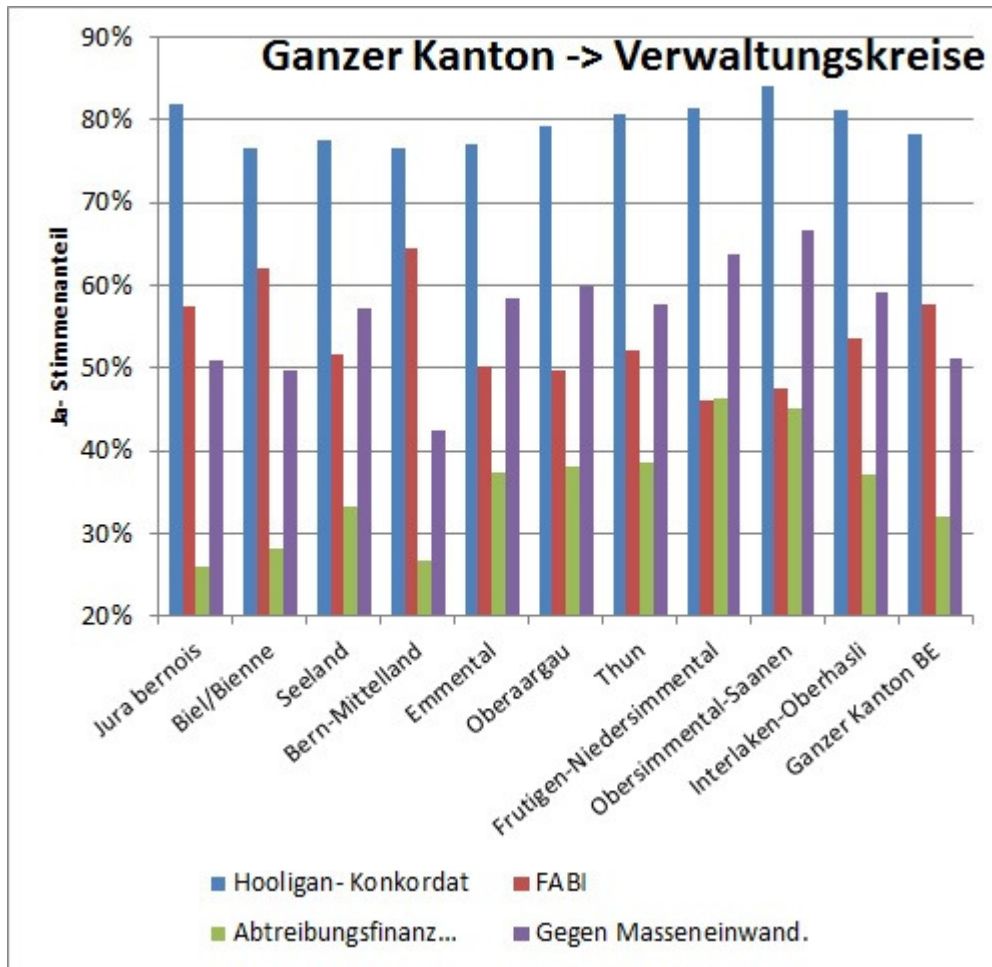


Ergebnisse der Abstimmung vom 9. Februar 2014



Grafik: M. Kronauer

1

	Hooligan-Konkordat	FABI	Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache	Gegen Masseneinwanderung
Jura bernois	82.0%	57.4%	26.0%	50.9%
Biel/Bienne	76.7%	62.1%	28.1%	49.7%
Seeland	77.5%	51.6%	33.2%	57.1%
Bern-Mittelland	76.7%	64.5%	26.8%	42.5%
Emmental	77.1%	50.2%	37.3%	58.4%
Oberaargau	79.3%	49.6%	38.0%	59.8%
Thun	80.8%	52.1%	38.5%	57.6%
Frutigen-Niedersimmental	81.5%	46.0%	46.2%	63.7%
Obersimmental-Saanen	84.1%	47.5%	45.0%	66.7%
Interlaken-Oberhasli	81.1%	53.6%	37.2%	59.1%
Ganzer Kanton BE	78.2%	57.6%	32.1%	51.1%

EDU-Parolen für den 9. Februar 2014

Eidg. Vorlagen

Delegiertenversammlung der EDU Schweiz am 14. Dezember 2013 in Olten

Unter der Leitung ihres Präsidenten Hans Moser fassten die rund 60 Delegierten ihre Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2014:

- **Nein** zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI
- **Ja** zu «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»
- **Ja** zur Masseneinwanderungsinitiative

Ja zum verschärften Hooligan-Konkordat

Die Delegierten der EDU Kanton Bern befürworteten die kantonale Vorlage mit grosser Mehrheit und nur einer Gegenstimme. Dass neu die Bewilligungsbefugnis bei den Gemeinden liege, ist ein wirksames Mittel im Kampf gegen Hooliganismus.

2 Bei den Eidgenössischen Vorlagen schliesst sich die EDU Kanton Bern den Parolen der EDU Schweiz an.

Kantonale Vorlage am 9. Februar 2014



Staatskanzlei des Kantons Bern

Grossratsbeschluss vom 20. März 2013 betreffend die Genehmigung der Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Um Gewalt und Ausschreitungen bei Sportanlässen zu verhindern, ist der Kanton Bern im Jahr 2008 dem «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» beigetreten. Mittlerweile gehören sämtliche 26 Kantone dem Konkordat an. Da Gewalt und Ausschreitungen in den letzten Jahren wieder zugenommen haben und die bisherigen Massnahmen von Sportveranstaltern und Behörden zu wenig greifen, sollen die Bestimmungen im Konkordat ergänzt werden. Kernstück der Änderung ist die Einführung einer Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele mit Beteiligung von

Klubs der obersten Ligen. Je nach Einschätzung des Sicherheitsrisikos kann die Bewilligung für ein Spiel an Auflagen geknüpft werden. Nachdem der Grosse Rat der Änderung mit grosser Mehrheit zugestimmt hat, ist das Referendum gegen den Beschluss ergriffen worden. Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten des Kantons Bern, den Änderungen des «Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» zuzustimmen.

Der Grosse Rat hat die Änderungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen mit 108 gegen 39 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen.

Eidgenössische Vorlagen



Schweizerische Bundeskanzlei

3 Am 9. Februar 2014 wird über drei Vorlagen abgestimmt: die Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»); die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache - Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» und die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».

Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)

Die Verfassungsvorlage will die Finanzierung von Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur langfristig sichern und sieht dafür einen unbefristeten Fonds vor. Die Mittel daraus sollen den Bauten und Anlagen sowie dem weiteren Ausbau des Bahnnetzes zugutekommen.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur annehmen? (Direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»).

Stellungnahme des Bundesrates

Der Nationalrat hat den Bundesbeschluss mit 116 zu 33 Stimmen bei 5 Enthaltungen gutgeheissen, der Ständerat mit 37 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen.

Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung»

Die Volksinitiative verlangt, dass Schwangerschaftsabbruch Mehrlingsreduktion nicht mehr von der obligatorischen Krankenversicherung bezahlt werden. Es sollen lediglich seltene Ausnahmen seitens der Mutter möglich sein.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache - Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» annehmen?

Stellungnahme des Bundesrates

Der Nationalrat hat die Initiative mit 155 zu 33 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt, der Ständerat mit 37 zu 5 Stimmen ohne Enthaltungen.

Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

Die Initiative verlangt einen Systemwechsel in der Zuwanderungspolitik. Sie will die Zuwanderung begrenzen, indem der Staat Höchstzahlen für Bewilligungen im Ausländer- und Asylbereich festlegen soll.

Abstimmungsfrage

- 4 Wollen Sie die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» annehmen?

Stellungnahme des Bundesrates

Der Nationalrat hat die Initiative mit 140 zu 54 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Ablehnung empfohlen, der Ständerat mit 37 zu 5 Stimmen ohne Enthaltungen.